

Sexualerziehung in Schleswig-Holstein:

Landesregierung stockt Etat für „Queere Bildung“ massiv auf

Kiel, 15. Dezember 2016 **Die Regierung von Ministerpräsident Torsten Albig (SPD), die Anfragen zur möglichen Verfassungswidrigkeit „Queerer Bildung“ seit Monaten ignoriert, hat gestern mit Verabschiedung des Haushalts 2017 die Mittel für schwul-lesbische Aufklärung an Schulen in Schleswig-Holstein mehr als verzehnfacht. Damit ist klar: der Koalition aus SPD, Grünen und SSW ist es egal, ob „SchLAU“-Workshops verfassungswidrig sind – Hauptsache sie finden statt.**

„Wenn die Regierung Albig tatsächlich der Meinung ist, dass die von ihr geförderten „SchLAU-Workshops“ mit dem Grundgesetz vereinbar sind, hätte sie unsere Anfragen dazu doch längst entsprechend beantwortet“, meint Peter Rohling, Vorstand des Vereins *echte Toleranz e.V.*, der am 5. September ein [Rechtsgutachten](#) des Hamburger Staatsrechtlers Professor Dr. Winterhoff zu diesem Themenfeld veröffentlicht hat.

Öffentliche Debatte über „Queere Bildung“ unerwünscht

„Seit wir die Landesregierung zu diesem Gutachten [befragen](#), das „SchLAU“-Workshops als verfassungswidrig bewertet, wenn damit Schüler zur Akzeptanz sexueller Vielfalt erzogen werden, schweigen sich Ministerpräsident Albig und seine zuständigen Ressorts dazu aus.“, so Vorstand Rohling. „Und anstatt sich öffentlich einer Debatte zu den verfassungs- und schulrechtlichen Grenzen von [„SchLAU“-Workshops](#) zu stellen, stockt die Regierung Albig jetzt einfach die Mittel für „SchLAU“-Workshops um mehr als das Zehnfache auf“, wundert sich Vorstand Rohling.

CDU stimmt gegen Budget-Erhöhung

Gegen diese [Erhöhung des Etats](#) für „SchLAU-Workshops“ von 2.000 auf 27.000 Euro pro Jahr stimmte allein die CDU-Landtagsfraktion, die ebenso gegen die Budget-Verdoppelung für den [Aktionsplan „Echte Vielfalt“](#) auf 60.000 Euro/p.a. votierte. Ursächlich für diese Ablehnung war nicht die absehbare Verfassungswidrigkeit der „SchLAU“-Workshops. Auch nicht der Umstand, dass Sozialministerin Alheit sich unter Verstoß gegen das Informationszugangsgesetz seit April weigert, Auskunft über die Verwendung der Aktionsplan-Gelder in den Haushaltsjahren 2015

und 2016 zu geben. Die Ablehnung fußte allein auf der Überzeugung, dass „die von den Regierungsfractionen beabsichtigte Erhöhung der Mittel ... unnötig“ sei, so CDU-Pressesprecher Dirk Hundertmark auf Anfrage.

Über *echte Toleranz*

Der gemeinnützige Verein *echte Toleranz e.V.* setzt sich für den Erhalt und die Förderung der Meinungsvielfalt in Deutschland ein. Er macht sich stark für eine öffentliche Debatte, in der alle Wertvorstellungen und Meinungen, die von der Meinungs- und der Religionsfreiheit des Grundgesetzes gedeckt sind, toleriert und nicht stigmatisiert werden. Der Verein tritt außerdem für die Einhaltung des verfassungsrechtlichen Neutralitätsgebots ein, das den Staat dazu verpflichtet, sich in weltanschaulichen und religiösen Fragen seinen Bürgern gegenüber neutral zu verhalten.

Pressekontakt:

Peter Rohling, Vorstand

Tel.: +49-(0)4104-92-91-263

E-Mail: presse@echte-toleranz.de

Link zur Anfrage an den Ministerpräsidenten:

https://www.echte-toleranz.de/files/Dokumente/Anfrage.an.Ministerpraesidenten.Albig.zu.Queerer.Bildung_15.11.2016.pdf

Link zum Rechtsgutachten:

<https://www.echte-toleranz.de/index.php/rechtsgutachten.html>

Weitere Hintergrund-Informationen:

<https://www.echte-toleranz.de/index.php/aktuelles.html>